K-3-1499-4 Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: LAG Säkulare Grüne Berlin
Beschlussdatum: 24.02.2021

Änderungsantrag zu K-3

Von Zeile 474 bis 475:
Beratung im Fall von Schwangerschaftskonflikten muss deshalb niedrigschwellig zugänglich sein. Die medizinische Versorgung zum Abbruch von unerwünschten Schwangerschaften ist zukünftig gefährdet. Sie muss zumindest von den landeseigenen Kliniken personell und ~~wir~~ strukturell gewährleistet werden. Dazu gehört, detailliertes Fachwissen im Medizinstudium sowie in der fachärztlichen Fortbildung zu vermitteln.
Wir stehen auf der Seite der betroffenen Frauen und Ärzt*innen. Wir kämpfen ~~weiterhin für die Entkriminalisierung~~weiter gegen eine moralische Verurteilung und Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen.

Begründung

Das Hauptproblem sind nicht fehlende Zugänge zu den Schwangerschaftskonflikt-Beratungsstellen, sondern die entsprechende medizinische Versorgung.

Abtreibungen sind nicht Gegenstand der gynäkologischen Ausbildung und gehören bisher auch nicht zum selbstverständlichen Portfolio der landeseigenen Kliniken.

Hinzu kommt der Einfluss der religiösen Rechten, die auch zum Schwund der abtreibungswilligen Gynäkolog*innen beitragen. Es gibt schon jetzt zu wenig Ärzt*innen, die Abbrüche vornehmen, perspektivisch werden es noch weniger werden.

In Bayern müssen bereits jetzt viele Frauen schon mehr als 100 km weit fahren, um einen Abbruch vornehmen zu lassen. Wenn jetzt die großen Städte ausfallen, dann sieht es wirklich düster aus. Wir denken auch an die polnischen Frauen, die auf unsere Solidarität angewiesen sind.